»Franconian Freedom« gegen US-Armee

Ansbach: Bürgerinitiative und Stadtrat fordern Ende des exzessiven Übungseinsatzes von Kampfhubschraubern

APFV1, DANIEL J. MEADOR

Helikopter der US-Streitkräfte im Irak. Geprobt wird der Kriegseinsatz in Ansbach

Der Lärm von Kampfhubschraubern der US-Armee im fränkischen Ansbach und Umgebung hat in den letzten Monaten ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Aus dem Irak zurückgekehrte US-Piloten müssen Übungen abarbeiten, um ihre Fluglizenzen zu erhalten. Am Tag brausen sie im Tiefflug über Schulen und Kindergarten; nachts fliegen sie bis ein Uhr morgens über den Häusern, im Sommer bis zwei Uhr. Außerdem könne es passieren, »daß beim Spaziergang ein Hubschrauber neben dir landet«, sagt Jürgen Wangler, Mitglied des Vorstandes der Bürgerinitiative (BI) gegen den Fluglärm.

Die zuständige Beschwerdestelle der US-Armee bügelt Eingaben arrogant ab: »Wir haben den Krieg gewonnen«, sagte kürzlich ein Vertreter der US-Army, der das Beschwerdetelefon betreute, einem BI-Mitglied – und fügte hinzu: »Wenn es dir nicht gefällt, kannst du entweder umziehen oder dir Schlafmittel verschreiben lassen.«

Die Einwohner der Region haben unterdessen mit ihrer im April begonnenen Kampagne »Operation Franconian Freedom – Yes, we can!« einen wichtigen Erfolg erzielt. Der Ansbacher Stadtrat hat auf einer Sitzung am 26. Mai einstimmig beschlossen, Verhandlungen mit der Bundesregierung mit dem Ziel aufzunehmen, »auf allen politischen und rechtlichen Ebenen mit Nachdruck« die Rechte der betroffenen Bürger zu vertreten. Gefordert wird ein Nachtflugverbot ab 22 Uhr. Über bewohnte Gebiete sollen die Hubschrauber gar nicht mehr fliegen dürfen.

US-Streitkräfte nutzen das Militärgelände in Ansbach-Katterbach und Illesheim seit 1945. Nach Plänen des US-Verteidigungsministeriums soll Ansbach-Katterbach zusammen mit Illesheim als eine von fünf permanenten US-Megabasen in Deutschland eine wichtige Rolle bei den jetzigen und zukünftigen US-Kriegen spielen. Bereits 2007 bildete sich in Ansbach die Bürgerinitiative »Etz langts!« gegen den geplanten Ausbau. Von Anfang an arbeitete sie mit widerständigen US-Soldaten zusammen (siehe dazu auch Interview mit André Shepherd in *jW* vom 23./24. Mai). In einem an die Bundesregierung gerichteten »Ansbacher Appell« beriefen sich die Unterzeichner auf Artikel 26 des Grundgesetzes, der es untersagt, Angriffskriege von deutschem Boden aus vorzubereiten und zu unterstützen. Die BI wird vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), von Grünen, Linkspartei, Jusos und Kirchen unterstützt. Auf dem diesjährigen Ostermarsch hat die seit Mai 2008 amtierende Ansbacher Oberbürgermeisterin Carda Seidel (parteilos) erstmals einen offiziellen Gruß der Stadt verlesen lassen. Darin hieß es: »Die Friedensbewegung ist Teil unserer Stadt. Es wird Zeit, daß unsere Stadt Teil der Friedensbewegung wird.«

Den Beginn des Ausbaus der Basis konnte die BI jedoch nicht stoppen. 2008 forderte der BUND vor dem Verwaltungsgericht Ansbach eine Umweltverträglichkeitsuntersuchung vor Baubeginn ein. Außerdem wurde ein Eilantrag auf sofortigen Baustopp in München eingereicht. Dieser wurde mit der Begründung abgelehnt, daß eine deutsche Zivilorganisation nicht für US-Militärareale zuständig sei. Die US-Armee hat jedoch nicht einmal den entsprechenden Bescheid abgewartet. Schon Monate vorher, ab Dezember 2008, begann sie mit den Bauarbeiten.

Wenn die Bundesregierung indes auf den Stadtratsbeschluß reagiert und Flugzeiten und -orte für die Kampfhubschrauber in Ansbach einschränkt, wird das Problem nur verlagert. »Wenn die US-Armee bei uns zu sehr eingeschränkt wird, dann wird sie mit den Hubschraubern einfach nach Grafenwöhr ausweichen«, sagt BI-Vostand Wangler. »Dort gibt es ja sehr wenige Deutsche, und die meisten sind ökonomisch vom US-Militär abhängig.« Die Bundesregierung dürfe die Angelegenheit deshalb nicht nur lokal betrachten. Laut Stationierungsabkommen kann sie entsprechende Verträge mit den US-Truppen kündigen oder ihnen Mittel entziehen. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes werden pro Jahr 1,89 Milliarden Euro Steuergelder für die Unterhaltung der US-Stützpunkte ausgegeben.

Elsa Rassbach

Junge Welt, 30. Mai 2009